

Die unterzeichnende Bezirksrätin von LINKS stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2022 gemäß § 24 GO-BV folgenden

## **Antrag**

Die zuständigen Stellen der Stadt Wien, zusammen mit der MA 57 „Frauenservice Wien“, werden ersucht eine Beratungsstelle für Frauen und Mädchen in Penzing einzurichten.

## **Begründung**

In Zeiten von Krisen – Inflation, Pandemie, Klimakrise – nimmt auch die Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen, allgemein weiblich gelesenen Personen, zu, denn die etablierten Machtstrukturen werden versucht zu erhalten.

Österreich ist auf Platz vier im europäischen Durchschnitt der jährlich verübten Femizide. Nach den 31 Femiziden in 2021, sind 27 Personen bereits Opfer eines Femizids in Österreich heuer geworden, davon mehrere in Wien. Diese Anzahl der Femizide ist über die Jahre nicht zurückgegangen, was zeigt, dass die Bemühungen gegen patriarchale und häusliche Gewalt vorzugehen, nicht ausreichend sind.

Am 11. Mai 2011 wurde das "Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt" von 13 Staaten, unter anderem auch Österreich, in Istanbul unterzeichnet – und trägt daher den Kurztitel "Istanbul Konvention". Die Konvention ist das erste völkerrechtlich verbindliche Instrument zur umfassenden Bekämpfung aller Formen von Gewalt an Frauen in Europa. Daher sind Staaten, die die Konvention ratifiziert haben, zur Umsetzung verpflichtet.

Laut Konvention ist pro 10.000 Einwohner\*innen mindestens eine Beratungs- oder Servicestelle für Frauen und Mädchen von Nöten, Penzing besitzt allerdings keine einzige.

Während es in anderen kleineren Wiener Gemeindebezirken mit beispielsweise einer Fläche von gerade einmal 3,86 km<sup>2</sup> teilweise bis zu vier Service- und Beratungsstellen gibt, befindet sich in Penzing keine und das, obwohl Penzing ein großer Flächenbezirk ist.

Um der bevölkerungsstarken Gruppe von rund 41.000 Frauen bei einer gesamten Bevölkerung von 77.000 Bewohner\*innen über 18 Jahre in Penzing und der Großfläche von 33,82 km<sup>2</sup> gerecht zu werden, müssen daher Anlaufstellen mit Beratung & Hilfeangeboten als Schritt gegen weitere Femizide eingerichtet werden.

Christin Spormann  
Bezirksrätin